



Der Ticker 01/2015

Soll der Staatswald in Nordrhein-Westfalen auf ca. 60.000 ha stillgelegt und privatisiert werden?

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

diese Frage muss sich jeder stellen, der die veröffentlichte Biodiversitätsstrategie des Landes NRW liest.

Link: [Download Biodiversitätsstrategie](#)

Auf Seite 131 ist dazu zu lesen:

„Stiftung für das Naturerbe

Das Naturerbe in Nordrhein-Westfalen, das sind insbesondere Natura 2000 Gebiete, Naturschutzgebiete und Wildnisgebiete, muss dauerhaft für die Natur und die Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen gesichert werden. Deshalb beabsichtigt die Landesregierung die landeseigenen Naturschutzflächen in eine Naturerbe-Stiftung einzubringen.“

1. Dies bedeutet für den Staatswald in Nordrhein-Westfalen, der zu mehr als 50% in eine dieser Schutzgebietskategorien fällt, dass diese Flächen in Nordrhein-Westfalen der nachhaltigen, naturnahen und multifunktionalen Forstwirtschaft entzogen, das heißt stillgelegt werden sollen! Immerhin ca. 60.000 ha. In Zukunft ist es beabsichtigt, sie durch die biologischen Stationen betreuen zu lassen. Diese Flächen sollen damit dem direkten Einfluss der Politik, in diesem Fall dem des Landtages entzogen werden.

Aus Sicht des BDF ist es bedenklich, wenn die Landesregierung ca. 60.000 ha Wald durch ihr eigenes Parlament nicht mehr ausreichend geschützt sieht und einen gesicherten Schutz anscheinend in einer Privatisierung der Fläche in einer Naturschutzstiftung sieht.



Es mutet fragwürdig an, wenn unser Wald, der Wald der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen, in die Hände derjenigen gelegt werden soll, die einen immensen Artenrückgang in der freien Landschaft - trotz hohem Einsatz von Steuergeld - nicht verhindert haben.

Zur Erinnerung: die Biodiversität im Wald steigt seit Jahren und hat den höchsten Stand aller Großflächenbiotope in Nordrhein-Westfalen erreicht. Und das nicht durch Segregation in Nutz- und Wirtschaftsflächen, sondern durch eine möglichst naturnahe Wirtschaft auf der ganzen Fläche. Der Artenrückgang in der freien Landschaft hat dagegen einen absoluten Tiefpunkt erreicht.

Auch fehlt jedes Wort über die Zukunft der dort erfolgreich und hochmotiviert naturnah wirtschaftenden Kolleginnen und Kollegen. Immerhin mehr als 150 Fachleute für den Wald, davon fast 100 Forstwirtinnen und Forstwirte für die wir gerade eine, wie wir glaubten zukunftssträchtige Zielvereinbarung mit dem Landesbetrieb Wald und Holz NRW abgeschlossen haben. Kein Wort über die Folgen für den „Reststaatswald“ und damit für den Landesbetrieb.

Zusammengefasst: Keine Politikfolgeabschätzung!

2. Die Umsetzung dieses Konzeptes soll kurzfristig, d.h. in den nächsten fünf Jahren erfolgen.

Besonders bedenklich sieht der BDF die Vorgehensweise des Ministeriums und die dort zu beobachtende Jonglage mit verschiedenen Biodiversitätsstrategieversionen.

In der Version, die in den Arbeitsgruppen des Ministeriums erarbeitet worden ist, waren die Aussagen auf Stilllegung von 60.000 ha enthalten. Aber diese Version blieb vorsichtshalber unter Verschluss! In der Version die den Verbänden zur Stellungnahme vorgelegt worden ist, fehlt diese Aussage.

Auf ausdrückliche Nachfrage des BDF im Obersten Forstausschuss, ob sich in diesem dem Ausschuss vorgelegten Abschnitt noch etwas geändert hätte, verneinte Herr Minister Remmel dies klar und deutlich.

In der dann abschließend veröffentlichten Version taucht dieser Passus, wie Phönix aus der Asche, entgegen den Zusagen des Ministers wieder auf.

Hätte er uns zur Forstausschusssitzung vorgelegen, wären diese Formulierungen vom BDF eindeutig und vehement abgelehnt worden!



Im Übrigen sind die Ausführungen von Abteilungsleiter Dr. Woike bei der Veranstaltung des Waldbauernverbandes in Werl am 19.01.2015 über die Beteiligung der Verbände an der Erarbeitung des Konzeptes nicht mit der Wahrnehmung der Verbände in Einklang zu bringen. Alle Mitglieder der Arbeitsgruppe sind persönlich um Teilnahme gebeten worden. Eine Beteiligung der Verbände hat es unserer Meinung nach nicht gegeben und war auch nicht geplant. Im Gegenteil: Die Teilnehmer an den „streng geheimen“ Beratungen sind gegenüber ihren Verbänden zum Stillschweigen verdonnert worden. Für den BDF absolut unverständlich. Darüber hinaus sind „Nichtnaturschutzverbände“, wie zum Beispiel der BDF, oder die Vertreter des Eigentums wie zum Beispiel der kommunale Waldbesitzerverband, der Waldbauernverband oder der Landesbetrieb erst gar nicht eingeladen worden.

Denn, wer redet schon mit den Fröschen, wenn der Teich trocken gelegt werden soll.

3. Darüber hinaus ergeben sich aus Sicht des BDF weitere wichtige Fragen:

- Wie ist die Errichtung einer Naturerbe-Stiftung, die damit dem direkten Zugriff des Parlamentes entzogen ist, verfassungsrechtlich zu sehen?
- Welchen Einfluss hätte ein solcher Besitzerwechsel auf zukünftige Planungen des Landes?
(Verkehrsinfrastruktur, Wohnungsbau, Windkraft, Leitungs- und Trassenbau, etc.)
- Wie ist die Errichtung einer Naturerbe Stiftung hinsichtlich des Haushaltes des Landes und der beschlossenen Schuldenbremse zu werten?
Aus Sicht des BDF wird der Wald dem Landesvermögen entzogen.
(wahrscheinlich mehr als eine halbe Milliarde Euro)
- Welchen Einfluss und welche Aufgaben hätte der Landesbetrieb Wald und Holz noch auf den dann stillgelegten Flächen?
Wir wollen auf diesen Flächen weiter naturnah wirtschaften und dem Land eine kontinuierliche Einnahme sichern.
- Was passiert mit den Försterinnen und Förstern, Forstwirtinnen und Forstwirten und den Angestellten die auf diesen Flächen tätig sind?
Sollte eine entsprechende "Stiftung" kommen, bedeutet dies mal wieder eine Beschäftigung der Forstpartie mit "Umorganisation", d.h. viel Arbeit und viele Arbeitskräfte werden der eigentlichen Aufgabe, nämlich sich um den Wald zu kümmern, entzogen und die Motivation sinkt. Wie soll man vor diesem Hintergrund



noch Nachwuchskräfte für den LB Wald u Holz NRW gewinnen können?
Hier schwindet die Attraktivität der Forstberufe und damit das Engagement für die Arbeit im und am Wald.

Bleibt als letztes die Frage: Warum das Ganze?

Und da zitiere ich mal den Artikel aus der Neuen Westfälischen Zeitung von Hubertus Gärtner vom 27.01.2015. Da hat wohl mal jemand aus dem Nähkästchen geplaudert:

„Aus den Naturschutzverbänden in NRW heißt es, die Pläne seien noch nicht konkretisiert. Ziel könnte es sein, mit dem Stiftungsmodell die landeseigenen Naturschutzflächen für immer dem politischen Einfluss zu entziehen. Wildnis könnte dann Wildnis bleiben, egal welche Regierung ans Ruder kommt.“

Also unser Demokratieverständnis ist da insgesamt irgendwie ... anders.

Wir haben Herrn Minister Remmel dringend um ein Gespräch gebeten. Dort erwarten wir klare und eindeutige Aussagen.

Darüber hinaus werden wir eine Sondersitzung der Landesbetriebskommission, als zuständiges Beratungsgremium des Landesbetriebes Wald und Holz NRW, beantragen.

Fred Josef Hansen
Landesvorsitzender BDF-NRW